KWP137

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Haushaltsmittel auskömmlich einnehmen und effizient ausgeben**

Text

Wir möchten insgesamt keine Kürzungen innerhalb der Dezernate / Haushaltstöpfe. Wir sind uns aber sicher, dass finanzielle Mittel in jedem Dezernat / Haushaltstopf infolge der (eben beschriebenen) kritischen Evaluation frei werden. Diese Mittel werden jedoch nicht ausreichen, um unser dargelegtes Programm gegenzufinanzieren. Daher brauchen wir neue Einnahmen auf der einen Seite und weniger Ausgaben auf der anderen Seite.

Kiel weist eine robuste Gewerbesteuerstruktur auf: wenige große Player und eine Vielzahl von klein- und mittelständischen Unternehmen. Diese Struktur gilt es weiter zu fördern, um weiterhin hohe Gewerbesteuereinnahmen zu generieren, oder sogar zu steigern (siehe Kapitel Wirtschaft transformieren). Attraktiv für kleine und mittelständige Unternehmen zu bleiben und noch attraktiver zu werden, bringt Menschen in Arbeit und bringt neben den Steuereinnahmen eine Senkung von sozialen Hilfen.

Die Einnahmeseite möchten wir über eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in Kiel erhöhen. Die bisher geübte Praxis, den Autoverkehr über kostenfreie Stellplätze im öffentlichen Raum zu subventionieren, möchten wir abschaffen (siehe Kapitel Parkraumbewirtschaftung ausweiten). Um einen günstigeren und besser ausgebauten ÖPNV zu finanzieren, möchten wir eine Umlagefinanzierung anstoßen, bei der sich alle an der Finanzierung des ÖPNVs beteiligen. Dazu fordern wir eine rechtliche Grundlage der Landesregierung.

Darüber hinaus möchten wir prüfen, ob ein Sanktionieren von Zweckentfremdung von Wohnraum wie z. B. Leerstand lohnenswert ist (siehe Kapitel Wohnen bezahlbar machen).

Des Weiteren wollen wir privates Kapital mobilisieren und die Menschen an der Rendite beteiligen, wie es bereits beim Küstenkraftwerk geschehen ist. Dies kann die Akzeptanz von zukunftsweisenden Baumaßnahmen fördern und nimmt die Stadtgesellschaft mit.

Wir haben ein hohes Interesse daran, die Fördertöpfe von Land, Bund und EU zu nutzen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass die Förderungen nicht immer mit unseren Zielen übereinstimmen, oder dass Gelder zu früh oder zu spät über Förderungspakete bereitgestellt werden. Förderanträge müssen in der Regel vor Maßnahmenbeginn gestellt werden, oft unter hohem Zeitdruck. Dies ist eine Praxis, die auch dazu führt, dass Maßnahmen, die die Stadt zu einem späteren Zeitpunkt realisieren will, vorgezogen werden müssen.

Die im Schulbau bereits umgesetzte transparente und priorisierende Planung der Maßnahmen, die wir für alle Bauvorhaben der Stadt umgesetzt wissen wollen, kann mit dieser Förderkultur torpediert werden. Hier besteht Handlungsbedarf.

Wir haben ein hohes Interesse an einer lebendigen Stadt im regen Austausch mit dem Umland, wir sind Landeshauptstadt und werden und wollen auch so wahrgenommen werden. Auch aus diesem Grund ist Kiel Anlaufstelle für viele Menschen mit Problemlagen, denen kleinere Gemeinden nicht oder nur als ungenügend wahrgenommene Unterstützung geben können. Hier ist ebenso das Gespräch zu suchen wie bei der Finanzierung des Fährverkehrs, der Arbeitnehmer*innen aus den Umlandgemeinden nach Kiel bringt.